Nr. 4 * * * 30. Jahrgang

Berlin, den 26. Januar 1924

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. – Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark – Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Zum neuen Reichstarif.

Am 18. Januar war unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichters Herrn Prof. Dr. Brahn eine Verhandlung angesetzt worden, die über Schaffung eines neuen Reichshilfsarbeitertarifs im Buchdruckgewerbe Klarheit bringen sollte. Nachdem die bekannte Vereinbarung für die Buchdrucker vorliegt, der unter einigen wichtigen Abänderungen den Gehilfentarif vorläufig verlängert, war es Pflicht unserer Verbandsleitung, auch eine Regelung für das Hilfspersonal zu veranlassen. Auf Ersuchen hat dann das Reichsarbeitsministerium diese Sitzung anberaumt, zu der Vertreter von beiden Parteien erschienen waren. Der Standpunkt der Unternehmer ist bekannt. Sie haben den Tarif gekündigt und auf Anfrage später erklärt, keinen neuen Tarif mit den Hilfsarbeitern mehr abschließen zu wollen. Unsere Vertreter waren nun gespannt, die Gründe für das ablehnende Verhalten zu hören. Außer einer telephonischen Mitteilung, daß sie keine reichstarifliche Vereinbarung mehr wünschen, ist bei unserer Verbandsleitung nichts bekanntgeworden, wohl aber wies der Vorstand des D. B.-V. in seinem Kündigungsschreiben darauf hin, daß er sich mit unserem Verband rechtzeitig über den Austausch von Anträgen und über neue Verhandlungen verständigen will, auch hoffte er, „daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, das uns die Fortführung eines Vertragsverhältnisses mit Ihrem Verbande ermöglicht.“ Man erkennt: von dem Tage dieses Kündigungsschreibens bis zu jener telephonischen Mitteilung ist eine Sinnesänderung in der Unternehmerorganisation erfolgt.

Dem von unserem Verbandsvorstand beantragten Schlichtungsverfahren ging die Vorverhandlung am 18. Januar voraus, die eine Einigung der Parteien nicht brachte und auch nur von verhältnismäßig kurzer Dauer war. Von den Unternehmern fehlten die führenden Persönlichkeiten des D. B.-V., die, wie ihr erster Sprecher auf Anfrage des Vorsitzenden mitteilte, plötzlich erkrankt sind, so daß leider ein im Anschluß an ergebnislose Verhandlungen gedachtes Schiedsgericht von den Unternehmern nicht beschickt werden konnte. Von unseren Kollegen wurden die Gründe für Fortsetzung eines tariflichen Verhältnisses noch einmal kurz dargelegt. Gegner des Tarifes gäbe es in beiden Lagern. Auch bei uns hauptsächlich in den größeren Druckorten. Was aber bezweckt werden müsse, sei eine einheitliche Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gewerbe, sonst würde eine Beunruhigung kaum vermieden werden können. Auf Hilfsarbeiterseite müsse bei der beharrlichen Weigerung der Unternehmer durch Ausnützung der Konjunktur erreicht werden, was die Gegenseite vorenthalte. Diese Konjunkturpolitik, wie sie die Prinzipale jetzt belieben, liege nicht im Interesse einer gesunden gewerblichen Entwicklung. Durch Einzelbewegungen des Hilfspersonals wurde das Tarifverhältnis der Gehilfen ständig gestört, die deshalb begreiflicherweise auch geordnete tarifliche Verhältnisse der Hilfsarbeiter wünschen. Wir sähen keinen stichhaltigen Grund für die Weigerung der Unternehmer, mit uns einen neuen Tarif abzuschließen. — Der Prinzipalsvertreter sagte dann, warum sie keinen Hilfsarbeitertarif allgemein mehr wünschen. Nur in den größeren Druckorten habe ein Bedürfnis dafür bestanden, nicht aber in den kleinen Städten, die durch die Regelung einheitlicher Löhne sehr benachteiligt worden wären. Die Löhne der Hilfsarbeiter lägen dort über dem allgemeinen Lohnniveau. Auch die Anforderungen an das Hilfspersonal seien in Groß- und Kleindruckorten ganz verschieden. Während in kleinen Orten die Hilfsarbeiter zu allen möglichen Arbeiten herangezogen würden, für die eine eigentliche berufliche Vorbildung nicht immer notwendig sei, hätte der Hilfsarbeiter in großen Städten höheren Erfordernissen zu genügen. Darum müsse von Prinzipalsseite das Bedürfnis nach einem Tarif für das gesamte Reichsgebiet verneint werden. Würde trotzdem jetzt ein neuer Tarif zustande kommen, verlöre der D. B.-V. die Mitglieder in kleinen Orten, so daß er als Tarifkontrahent dann nicht mehr in Frage käme. — Ein anderer Vertreter der Unternehmer, der sachlich die historische Entwicklung bis zum Reichstarif darstellte, kam zu dem Schluß, daß bei allen Tarifen die Kraft der Organisationen eine gewisse Rolle spiele und wollte daraus und aus dem teilweisen Mangel an Hilfspersonal im Jahre 1919 herleiten, daß unser Verband damals keinen zu hohen Wert auf einen zentralen Tarif gelegt habe. Der Verband habe damals die Situation bei der Lohnfestsetzung kräftig ausgenutzt und da der Lohn des Hilfsarbeiters in einem bestimmten Verhältnis zum Gehilfenlohn stehe, dieser aber fast immer an der Spitze aller Löhne gestanden habe, wäre die Relation daher zu hoch. Bei den jetzt veränderten Verhältnissen in der Provinz, wo wieder genügend Hilfspersonal vorhanden sei, bestehe nun kein Interesse mehr am Hilfsarbeitertarif. — Ein Provinzvertreter konnte mitteilen, daß von 12 Kreisen sich 10 gegen den Reichstarif ausgesprochen haben. In seinem Kreise sind 117 Firmen wegen der tariflichen Bindung aus dem D. B.-V. ausgetreten. Er zog dann Vergleiche mit Löhnen anderer an- und ungelernter Arbeiter und war anscheinend sehr befriedigt, feststellen zu können, daß im Textilgewerbe von Kottbus Mädchen einen Stundenlohn von 7 Pfennig erhalten. So stellt er sich jedenfalls das Ideal einer Hilfsarbeiterinnenentlohnung vor.

Den Herren sind unsere Vertreter keine Antwort schuldig geblieben. Es wurde ihnen bedeutet, daß nachweisbar die Löhne des Hilfspersonals oft an letzter Stelle gestanden haben gegen Löhne von anderen angelernten Arbeitern. In früheren Jahren gab es in kleineren Orten allerdings Löhne für Hilfsarbeiterinnen, die glücklich beseitigt sind, da sie sogar eine sittliche Gefahr für die damit beglückten Kolleginnen bedeuteten. Zum xtenmal wurde den Prinzipalsvertretern, die ja den alten Kohl von den weniger leistungsfähigen Hilfsarbeitern in der Provinz bei jeder Verhandlung aufwärmen, bewiesen, daß gerade in kleinen Orten und Betrieben der Hilfsarbeiter mit allen Arbeiten im Buchdruckereibetriebe vertraut sein muß und auch ist, an der Rotationsmaschine, in der Stereotypie, als Abzieher usw. muß er arbeiten können, während in Großbetrieben die Arbeit meist spezialisiert ist. Aber darauf kommt es ja den Unternehmern nicht an. Gerade die Großdrucker wollen aus der Not der kleinen ein Geschäft machen. Außerdem stimmt es auch nicht, daß der Verband vor vier Jahren keinen großen Wert auf zentrale tarifliche Vereinbarungen gelegt hat, er ist es ja selbst gewesen, der an die Unternehmerorganisation zwecks Abschlusses eines Reichstarifs herangetreten ist. Und wie steht es mit den verhältnismäßig zu hohen Löhnen im allgemeinen? Daß die Gehilfen fast immer an der Spitze gestanden haben, ist uns neu. Noch vor Jahresfrist hat der Reichsarbeitskommissar offen anerkannt, daß die Löhne im Buchdruckgewerbe zu niedrig sind. Und von diesen Löhnen bekamen die Hilfsarbeiter bestimmte Anteile. Im November vorigen Jahres sind die Gehilfenlöhne bedeutend gekürzt worden, die Spannen zwischen den Altersklassen, zwischen Ledigen und Verheirateten wurden vergrößert, dadurch schon gingen in demselben Verhältnis die Löhne des Hilfspersonals zurück. Das genügte aber immer noch nicht, außerdem wurden die Prozentsätze der Hilfsarbeiter herabgesetzt. Und nun rede einer davon, die Relation sei zu hoch.

Der Vorsitzende machte schließlich den Vorschlag, da die Unternehmer nur gegen § 4 des alten Tarifs ihre Abneigung zu erkennen gegeben haben, darüber zu einer Einigung zu kommen. Andere starke grundsätzliche Unterschiede und Abneigungen beständen anscheinend bei den Prinzipalen gegen den Tarif nicht. Die Unternehmer gingen aber auf diesen Vorschlag nicht ein. Sie berieten eine zeitlang unter sich und erklärten dann, daß Ausbildung und Leistung der Hilfsarbeiter nicht gleichartig wie bei den Gehilfen seien, die aber als Voraussetzung für einen Reichstarif in Betracht kämen. Diese Voraussetzungen treffen für den Reichshilfsarbeitertarif nicht zu, dem sie daher nicht zustimmen könnten. In größeren Städten und Betrieben, wo Leistung und Entlohnung wie bei den Gehilfen eine einheitliche Regelung zulassen, würden sie nicht gegen einen Tarifabschluß sein.

Von Hilfsarbeiterseite wurde auf eine Erklärung verzichtet, worauf der Vorsitzende meinte, daß sich über die Erklärung der Prinzipale reden ließe. Auch über Lohn und Leistung könne man verhandeln. Er stellte aber auch fest, daß die Prinizipale die Motive gegen den Tarif nach einer anderen Seite verschoben haben und es schwer sei, ein sachliches Bild zu gewinnen. Es müßte der Versuch gemacht werden, in einer Schlichtungskammer zur Verständigung zu kommen.

Der Termin für das Schiedsgericht wurde dann auf Ende nächster Woche festgesetzt, eher können die Prinzipale nicht ihre Beisitzer stellen. Der D. B.-V. will die Mitteilung an seine Mitglieder hinausgehen lassen, daß Verhandlungen über einen neuen Tarif gewesen und vertagt sind und bis zu neuen Verhandlungen die bestehenden Verhältnisse der Hilfsarbeiter so zu belassen sind.

Das ist vorläufig alles, was zu berichten wäre. Mit Erscheinen dieser Nummer wird wahrscheinlich das Schiedsgericht schon zusammengetreten sein. Ueber das Ergebnis wird sofort Nachricht gegeben. Die Kollegen und Kolleginnen haben sich auch jetzt noch nach den alten tariflichen Bestimmungen zu richten und Sondervereinbarungen abzulehnen. Die Vereinbarung der Gehilfen mit den Prinzipalen, die in Nr. 3 der „Solidarität“ veröffentlicht wurde, ist **nicht** für die Hilfsarbeiter bindend. Für uns besteht eine zentrale Arbeitszeitverlängerung nicht. Jede Ueberstunde über die achtstündige Arbeitszeit hinaus ist mit Ueberstundenaufschlag dem Hilfspersonal zu zahlen. Die Leistung von Ueberstunden wird natürlich immer von der Zahl der am Orte befindlichen Arbeitslosen abhängig gemacht werden müssen.

Die Arbeitsdienstpflicht.

Von H. Wilhelmy.

Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht ist nicht neu und bereits im Jahre 1920 wurde er in der Presse eifrig diskutiert, und die demokratische Fraktion hatte bereits einen diesbezüglichen Antrag im Reichstag eingebracht. Der damalige Reichsminister Scholz hat in verschiedenen Reden von der Wehrpflicht der Arbeit gesprochen und „ein Jahr Arbeit für den Staat“ verlangt. Ueber eine allgemeine Erörterung ist man nicht hinausgekommen. Erst jetzt wieder steht die Frage der Arbeitsdienstpflicht im Vordergrund und es wird dafür eifrig Propaganda gemacht.

„Arbeitsdienstpflicht“, das Wort sagt es, bedeutet Pflicht zur Arbeit. Für uns als Arbeitnehmer besteht diese Pflicht schon immer und wir brauchen nicht erst eine gesetzliche Regelung. Es ist typisch, daß dieser Ruf nach der Pflicht zur Arbeit gerade in der Zeit der größten Krise erhoben wird. Just in der Zeit, in der die Unternehmer ihre Betriebe schließen und Hunderttausende brotlos machen, verlangt man die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Die bürgerliche Presse behauptet, die Einführung sei aus „nationalen“ und „erzieherischen“ Gründen notwendig. Mir scheint, daß weder das nationale noch das erzieherische Moment die Haupttriebkräfte sind. Auch hier sind allein nackte Profitinteressen maßgebend. Den Beweis dafür liefert die bürgerliche Presse, die sich mit dem Problem beschäftigt. Solange Profitinteressen maßgebend sind, ist die Arbeitsdienstpflicht abzulehnen.

Den meisten Befürwortern der Arbeitsdienstpflicht dient die abgeschaffte allgemeine Wehrpflicht als Grundlage. Man denkt an den organisatorischen Aufbau des Heeres und will eine ganze Anzahl Einrichtungen der früheren Wehrpflicht für das Arbeitsdienstjahr übernehmen. Auch diesen Gedanken müssen wir ablehnen. Die deutschvölkische „Deutsche Zeitung“ vom 2. Januar 1924 verlangt die Bildung von „Wiederaufbau-Hundertschaften“, andere Befürworter stellen die körperliche Ertüchtigung und die Erziehung der Jugend bei dem Problem in den Vordergrund. Kurz gesagt, soll also das Arbeitsdienstjahr die allgemeine Wehrpflicht ersetzen. Wer denkt bei diesem Plan nicht an Kasernenhofton und militärischen Drill?

Im „Hamburger Echo“ vom 27. März 1921 zählt ein H. P. folgende Vorteile des Arbeitsdienstjahres auf:

„1. Die Arbeitslosigkeit wird völlig beseitigt. Werden z. B. in Hamburg 30 000 junge Leute für den staatlichen Arbeitsdienst eingezogen, so werden ebenso viele Stellen in Industrie und Handel frei, die ohne weiteres von den jetzt Erwerbslosen besetzt werden können.

2. Die Arbeitslosenunterstützung wird erspart, unsere Finanzwirtschaft gesundet, die Steuern können ermäßigt werden.

3. Die Lebensmittel werden billiger. Durch äußerste Ausnutzung jedes Krumens deutscher Erde machen wir uns nahrungspolitisch vom Auslande immer mehr unabhängig. Eine Ueberführung unrentabel verwalteten Landbesitzes in den Besitz des Staates ist erforderlich.

4. Alle jetzt unproduktiv arbeitenden Volksgenossen werden eine gewisse Zeit zu einer produktiven Tätigkeit zugunsten der Allgemeinheit herangezogen.

5. Die Großstadtjugend gesundet, wenn sie längere Zeit in frischer Luft sich ausarbeitet.

6. Die jungen Leute werden an Ordnung, Sauberkeit, sowie Arbeit für das Wohl der Allgemeinheit gewöhnt.

7. Die völlige soziale Gleichheit des Volkes, die Aufhebung der Klassengegensätze, wird vorläufig wenigstens auf ein Jahr erzielt. Die Arbeitspflicht für alle ist der erste Schritt zu wahrer Sozialisierung.

8. Eine große Anzahl Männer findet als Lehr- und Aufsichtsbeamte in der neuen Organisation eine Lebensstellung.

9. Die männliche Jugend kann eine Zeitlang ärztlich und zahnärztlich überwacht werden (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten usw.).

10. Die Wohnungsnot wird gelindert, denn es ist leichter, Baracken für Massenquartiere als Familienhäuser zu bauen.

11. Die „Arbeitsdienstpflicht“ vermittelt Annäherung an die Natur und Verständnis für den Landbau, sie verhütet die gefährliche Entfremdung zwischen Stadt und Land.

12. Ein neues Band, die gemeinsame Arbeitspflicht, schließt die deutschen Lande immer fester zusammen.

Es ist selbstverständlich, daß das Arbeitsheer unnötigen Drills entbehren, daß Unterbringung, Verpflegung, die Möglichkeit individueller Betätigung usw. allen gerechtfertigten Ansprüchen genügen müßte. Jedenfalls ist die „Arbeitsdienstpflicht“ ein kaum entbehrliches Mittel zum Wiederaufbau, zur nutzbringenden Beschäftigung von mehr als dreihunderttausend Arbeitslosen.“

Der Verfasser geht bei der Aufstellung der Vorteile von falschen Voraussetzungen aus. Es ist naiv zu glauben, daß die Arbeitgeber Stellen, die durch Einberufung zur Dienstpflicht frei werden, neu besetzen. Dafür ist zu wenig soziales Verständnis in den Kreisen der Unternehmer vorhanden, und die letzten Monate und Wochen haben das zur Genüge bewiesen. Auch ist es irrig, zu glauben, daß allein durch Lösung des Problems der Arbeitsdienstpflicht eine Gesundung der Finanzen eintreten kann. Man darf doch nicht vergessen, daß die Durchführung des Planes ebenfalls un-

geheure Geldmittel erfordert. Gegen diese Vorteile wäre noch so manches zu sagen, es würde aber im Rahmen dieser Abhandlung zu weit führen. Der Verfasser spricht auch von einer sozialen Gleichheit, die herbeigeführt würde, aber auch davon kann keine Rede sein. Wie beim Militär werden die Besitzlosen mit dem Vorhandenen vorlieb nehmen müssen, während die Besitzenden sich auch das Arbeitsdienstjahr so angenehm wie möglich machen können.

Die Aufgaben, die der Arbeitsdienstpflicht überwiesen werden sollen, sind mannigfacher Art. Man denkt vor allem an die Kultivierung der Oedländereien, an den Bau von Straßen, Eisenbahnen, Kanälen, Häusern usw. Es wird sogar die Arbeit in den Bergwerken verlangt, und zwar deshalb, weil für die Leute, die zum Arbeitsdienst eingezogen sind, weder Tarif noch sonstige gesetzliche Bestimmungen gelten. Die Bergherren hätten also den Profit dieser Arbeit.

„Ein Jahr Arbeit für den Staat!" Der Ruf ist gut und schön. Auch ich bin der Ansicht, daß Arbeit im Interesse der Allgemeinheit geleistet werden muß. Aber ist es nicht notwendig, erst einmal zu fragen: Wie sieht der Staat, für den die Arbeit geleistet wird, aus und wer sind die Nutznießer dieses Staates? Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht schwer da wir ja bisher genügend Gelegenheit hatten, die Nutznießer des Staates (siehe Ruhrkampf) kennenzulernen. Gemeinschaftsarbeit — und darauf läuft doch die Arbeitsdienstpflicht hinaus — kann erst dann geleistet werden, wenn die Erträgnisse dieser Arbeit auch wirklich der Allgemeinheit zugute kommen. Wir haben nicht die Gewähr, daß es so sein wird, denn was mit der Arbeitsdienstpflicht erreicht werden soll, das sagt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung", die von billigen Arbeitskräften spricht, klar und deutlich. Man will eben mit den Machtmitteln des Staates die Arbeitnehmer zwingen, mehr Arbeit für die Unternehmer zu leisten. Mit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht wird die Führung von Wirtschaftskämpfen kaum möglich gemacht, denn die Arbeitsdienstpflichtigen, die über ihre Arbeitskraft nicht frei verfügen, könnten jederzeit von der Verwaltungsbehörde als Streikbrecher eingesetzt werden. Technische Nothilfe in verbesserter Auflage.

Einen Grund, der auch für Ablehnung spricht, will ich nicht unerwähnt lassen. Die Arbeitsdienstpflicht wird doch nur dann von Nutzen sein, wenn die Arbeitsleistung auch im Verhältnis zu den aufgewandten Kosten steht. Ich glaube nicht, daß dies der Fall sein wird, denn die Arbeitsleistung wird, sobald ein Zwang dahintersteht, nicht vorwärts, sondern zurückgehen. Man braucht hierbei nur an das Hilfsdienstgesetz zu denken, wo von einer Arbeitsfreudigkeit nicht die Rede war. Die Eignung des einzelnen spielt auch eine Rolle, denn es wäre, wirtschaftlich gesehen, Unsinn, erst Leute für die oder jene Arbeit innerhalb des Jahres anzulernen und sie ihrer ursprünglichen Tätigkeit zu entwöhnen.

Das alles sind Gründe, die für eine Ablehnung sprechen. Notwendig und viel ertragreicher wäre, wenn die produktive Erwerbslosenfürsorge, in der jeder nach seinen Fähigkeiten und seinem Können beschäftigt werden könnte, ausgebaut wird. Dazu ist kein neuer Organisationsapparat notwendig, und der Arbeitsertrag wäre ein viel größerer, als wenn er durch Zwangsmaßnahmen geregelt wird.

Die erzieherischen Momente, die von manchen Befürwortern so sehr in den Vordergrund gerückt werden, sind meines Erachtens nicht die Hauptsache. Die Jugendbewegung hat in den letzten Jahren für die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend Vorbildliches geleistet, und es wäre nur zu wünschen, wenn sie in dieser Hinsicht von seiten des Staates noch mehr unterstützt würde wie seither. Man spricht von der Disziplinlosigkeit der jungen Leute und will durch das Arbeitsdienstjahr Disziplin, Gehorsam und Unterordnung wieder zur Geltung bringen. Diese Eigenschaften besitzt die deutsche Arbeiterbewegung, und besonders unser Verband, weil darin und besonders in der Unterordnung des Einzelwillens in den der Gesamtheit die Stärke der Bewegung liegt.

Ein Wort noch an die herrschende Gesellschaft: Gebt uns das Recht zur Arbeit, und verlangt nicht von denen, die arbeiten wollen, aber — durch eure Schuld — keine Arbeitsgelegenheit finden, die „Pflicht zur Arbeit".

Die Bekämpfung der deutschen Arbeitslosigkeit.

Durch die fürchterliche Wirtschaftskrise, die über Deutschland hereingebrochen ist, wurde eine unheimlich große Zahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigungslos. Im unbesetzten Deutschland betrug die Zahl der Arbeitslosen Mitte Dezember ungefähr 1½ Millionen — 23 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder —, die der Kurzarbeiter 1¼ Millionen. Gegenwärtig dürfte die Zahl der Arbeitslosen nach amtlicher Kundgebung, unter Hinzurechnung der Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet, 3½ Millionen, die der Kurzarbeiter fast 4 Millionen betragen. Die Hälfte der deutschen gewerblichen Arbeiter, Angestellten und Beamten hat keine ausreichende, ein Viertel überhaupt keine Arbeitsgelegenheit. Was geschah bisher für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Einzig und allein nur die Verteilung von Erwerbslosenunterstützungen. Diese sind äußerst knapp (4,20 Mk. für Ledige, 7 Mk. für Verheiratete mit zwei Kindern in der Woche) und genügen zur Bestreitung der Lebenshaltung bei weitem nicht. Durch die Vorgänge der letzten Zeit wurde die Zahl der Arbeitslosen nur vermehrt: die entlassenen Beamten können in der Wirtschaft nicht beschäftigt werden. Die Verlängerung der Arbeitszeit hat noch mehr Arbeitskräfte überflüssig gemacht. Der stetige Lohndruck aber vermehrt, indem die niedrigen Löhne auf die Kaufkraft der Arbeiterschaft drücken, nur die Arbeitslosigkeit in den für die Versorgung des inneren Marktes arbeitenden Betrieben. Obwohl die Arbeitslosigkeit schon seit längerer Zeit auftrat und eine beständige Erscheinung des Wirtschaftslebens zu werden droht, sind die zur Linderung derselben geeigneten Maßnahmen weder eingeführt noch auch nur erwogen worden. Die Unternehmer dachten nun an Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerung, die Gewerkschaften, in ihrer Machtstellung geschwächt, ja fast ohnmächtig, an den Abwehrkampf. Der Allgemeine freie Angestelltenbund hat nun ein Memorandum zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet, das sich durch seinen ganz konkreten Inhalt und durch sachliche Behandlung des Gegenstandes auszeichnet; es stellt ein Produkt sachkundiger Arbeit dar. Die schwere Finanzlage des Reichs wird bei der Aufstellung der Richtlinien überall berücksichtigt. Die Sachlieferungen auf Reparationskonto für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete könnten Arbeitsgelegenheit schaffen. Heute werden diese Lieferungen, insofern sie überhaupt getätigt werden, von einigen Ruhrkonzernen in einseitiger Weise ausgeführt. Das Reich muß hier die Initiative ergreifen; die Entscheidung hängt aber von Frankreich ab, dessen Industrielle bekanntlich die Sachlieferungen bisher sabotierten, um den Profit aus der Belieferung der zerstörten Gebiete für sich selbst zu sichern. Eingehende Ausführungen werden der Neuschaffung von Arbeitsgelegenheit gewidmet. Es handelt sich in erster Linie um die Beschaffung von Krediten. Für private Wirtschaftskredite wurden bekanntlich 1200 Millionen Rentenmark vorgesehen. Diese Kredite sollen — so fordert der AfA-Bund — lediglich für produktive Zwecke, insbesondere nur für produktive Nutzbarmachung sonst brachliegender Arbeitskräfte gegeben werden. Die Rentenbank ist vom Reich unabhängig, ja sie erteilt dem Reich, das sich ihr bzw. dem sie leitenden Großkapital ausgeliefert hat, Befehle. Mittels der Reichsbank, welche die Rentenmarktkredite für die Privatwirtschaft bewilligt, könnte das Reich jedoch einen Druck in dem geforderten Sinn ausüben. Wichtiger sind die Anregungen des AfA-Bundes in bezug auf die Inanspruchnahme des privaten Geldmarktes, der in der Lage ist, die zur Neuschaffung von Arbeitsgelegenheiten erforderlichen Kapitalien aus den vorhandenen Geldmitteln ohne neue Inflation zur Verfügung zu stellen. Es besteht keine besondere Knappheit am Kapitalmarkt; infolge der vorläufigen Stabilisierung des Geldwertes flüchten sich die Geldbesitzer nicht mehr in die Effekten- bzw. Sachwerte. Daher könnten Reich, Länder und andere öffentliche Körperschaften die nötigen Kapitalien für Holzeinschlag — der Waldbesitz der deutschen Länder ist nicht genügend ausgenützt worden —, für den Ausbau neuer Kohlenschächte durch den preußischen Staat, auf dem allgemeinen Kapitalmarkt verschaffen. Nötigenfalls müssen dafür Rentenmarkkredite in Anspruch genommen werden. Das Memorandum behandelt die speziellen Sicherungen für diese Kredite. Die eingestellten Bauten für öffentliche Zwecke sollen ebenfalls aufgenommen, die im Gange befindlichen Kanalbauten durchgeführt werden. Die hierzu nötigen Mittel werden bei einer energisch durchgeführten Aktion nicht schwer zu finden sein. Am wichtigsten ist es aber, daß mit der Bautätigkeit, die den meisten Arbeitskräften Beschäftigung verschafft, begonnen werde.

Die hierzu nötigen Kapitalien können leicht besorgt bzw. eine mächtige Kapitalquelle erschlossen werden, wenn nur die bevorstehende Erhöhung der Mieten auf die Goldhöhe in erster Linie hierzu verwendet und nicht der privaten Bereicherung der Vermieter und steuerlichen Zwecken dienen würde. Die wirtschaftlich starken Mietergruppen sollen die Friedensmiete mit sofortiger Wirkung bezahlen, bei den übrigen soll die Angleichung der Mieten erst mit der Angleichung der Einkommen erfolgen. Diese Forderung des AfA-Bundes müßte unbedingt erfüllt werden. Es ist eine der größten Sünden der finanziellen Mißwirtschaft, daß die Gründung eines Fonds für Wohnbauzwecke im Laufe der Jahre unterblieben und die Wohnungsnot ins Unendliche gesteigert worden ist. In der Landwirtschaft gibt es ebenfalls Gelegenheit zu sofortiger Einstellung neuer Arbeitskräfte: es wird auf eine großzügige Moorkultivierung, die Zehntausenden für Jahre Arbeitsgelegenheit verschaffen könnte, hingewiesen — diese stellt eine durchaus produktive Arbeit dar, für welche die nötigen Kapitalien zu finden sein werden. (Die Ausnützung dieser brachliegenden Bodenflächen wurde bereits vom Kabinett Wirth in Aussicht gestellt.) Die Denkschrift des AfA-Bundes beschäftigt sich dann mit der nötigen Umgruppierung der Arbeitslosen und mit der Frage der Arbeitsbeschaffung durch Preisdruck. Die hohen Preise unterbinden sowohl den inneren wie den auswärtigen Absatz. Hier beschäftigt sich die Denkschrift mit der Preistreiberei der Kartelle und Truste. — Das Kartellgesetz blieb völlig unwirksam und wird voraussichtlich nur der weiteren Förderung der Truste Vorschub leisten — und des Zwischenhandels und fordert eine wirksame Preiskontrolle und die Oeffnung der Grenzen für solche Waren, wo die Monopole den Markt durch Zölle und einfuhrpolitische Maßnahmen beherrschen. Die unmittelbare Verbindung der Verbraucher mit den Erzeugern soll insbesondere durch Begünstigung der Genossenschaften gefördert werden. — Es ist ein Unglück für Deutschland, daß die Wirtschaftskrise unter der Herrschaft der Reaktion ausgebrochen ist. Die für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geforderten Maßnahmen können zum guten Teil nur von einer Regierung durchgeführt werden, die den Mut und die Macht hat, auch gegen das Monopolkapital vorzugehen!

Störenfriede.

Es gibt ein altes Werk. Der Verfasser heißt Holyoake und das Werk heißt: „Die Geschichte der redlichen Pioniere von Rochdale". In diesem Werk befindet sich neben vielem anderen Lesenswerten folgender Aufsatz, den wir unseren Mitgliedern nicht vorenthalten möchten. Kommentar dazu brauchen wir nicht zu geben.

„In den meisten Arbeitervereinen und auch in Vereinen anderer Gesellschaftsklassen befindet sich eine Anzahl sonderbarer Menschen, die unter einem ungünstigen Gestirn geboren zu sein scheinen, welche Feindschaft, Mißtrauen und Uneinigkeit gleichsam ausatmen, deren Stimme stets Streit verkündet. . . Ihr Sprachorgan ist krähend, und kein melo-

Die besorgte Mutter.

Von Mark Twain.

Also um darauf zurückzukommen, wo ich war, ehe ich abschweifte, nämlich Ihnen auseinanderzusetzen, wie dieses schreckliche und unheilbare Leiden, die Rachenbräune, durch die Stadt raste und alle Mütter in fürchterlichen Schrecken versetzte. — Ich machte meine Frau auf unsere kleine Penelope aufmerksam und sagte:

„Mein Herzlieb, an deiner Stelle würde ich dem Kinde nicht gestatten, an dem Stück Fichtenholz zu kauen."

„Um alles in der Welt, was schadet denn das?" antwortete sie, traf aber gleichzeitig Vorkehrungen, den Stock fortzunehmen — Frauen können nie auch den überzeugendsten, handgreiflichsten Rat in sich aufnehmen, bevor sie nichts dagegen eingewendet haben — wenigstens die verheirateten.

Ich entgegnete:

„Meine Liebe, es ist allgemein bekannt, daß Fichtenholz das am wenigsten nahrhafte Holz ist, das ein Kind essen kann."

Die Hand meiner Frau ließ von dem Versuch, den Stock fortzunehmen, ab und kehrte auf ihren Schoß zurück. Sie beherrschte sich bemerklich und sagte:

„Redensarten, du weißt es wohl besser, tatsächlich weißt du es besser. Alle Aerzte behaupten, daß das Terpentin der Fichte für schwache Rücken sowohl wie für die Nieren gesund sei.

„Ach — da litt ich unter einem Mißverständnis. Ich wußte bisher nicht, daß unseres Kindes Nieren und Rückgrat angegriffen seien und und daß unser Hausarzt empfohlen hatte —"

„Wer hat behauptet, daß des Kindes Rückgrat und seine Nieren angegriffen seien?"

„Aber, Teuerste, es ist noch keine zwei Minuten her, als du sagtest — —"

„Papperlapapp, was ich sagte! Es ist mir ganz egal, was ich sagte. Es ist doch kein Unglück, wenn das Kind ein bißchen an einem Stück Fichtenholz kaut, wenn ihm das Spaß macht, das weißt du doch sehr wohl. Und nun soll es gerade weiter kauen; so, bist du nun zufrieden?"

„Sage nichts weiter, Liebste! Ich sehe die Stärke deiner Gründe vollkommen ein und werde sofort zwei oder drei Ladungen besten Fichtenholzes bestellen. Keines meiner Kinder soll Not leiden, während ich —"

„Ach, bitte, mach', daß du in dein Bureau kommst und laß mich in Frieden! Man kann nicht die einfachste Bemerkung machen, ohne daß du sie einer weitläufigen Besprechung unterziehst, und zwar so lange, bis du selbst nicht mehr weißt, worüber du sprichst, was übrigens stets der Fall ist."

„Gut, gut! Sei es so, wie du sagst. In deiner letzten Bemerkung liegt aber ein Mangel an Logik, denn —"

Da war sie aber verschwunden und hatte das Kind mitgenommen, ehe ich meinen Satz beendigen konnte. Denselben Abend zur Mahlzeit kam sie mir aber mit einem Gesicht, weiß wie ein Bettlaken, entgegen:

„O, Mortimer, schon wieder eins! Den kleinen Georgie Gordon hat's gepackt."

„Rachenbräune?"

Rachenbräune."

„Gibt es keine Hoffnung mehr?"

„Keine, keine. Was wird nur aus uns werden!"

Bald darauf brachte die Kinderfrau unsere Penelope herein, damit sie „Gute Nacht" sage und, wie sie es gewöhnt war, an Mutters Knie bete. Mitten in: „Müde bin ich, geh' zur Ruh'", hüstelte sie ein wenig. Meine Frau flog zurück, wie vom Schlage getroffen. Im nächsten Augenblick aber flog sie auf voll von Beweglichkeit, wie sie der Schrecken anzuregen pflegt.

Sie ordnete an, daß des Kindes Wiege aus dem Kinderzimmer in unser Schlafzimmer gebracht würde und ging selbst, um die Ausführung dieses Befehls zu überwachen. Natürlich mußte ich auch mit. Wir besorgten diese Angelegenheit eiligst. Ein Feldbett wurde für die Kinderfrau im Ankleideraum meiner Frau aufgestellt. Nun aber fand meine Frau, daß wir von den anderen Kleinen zu weit ab wären, und was man machen solle, wenn dieses auch in der Nacht Anfälle hatte, und das arme Ding erbleichte wieder.

Darauf brachten wir Wiege und Kinderfrau in die Kinderstube zurück und schlugen für uns in dem angrenzenden Zimmer ein Bett auf

Plötzlich jedoch sagte meine Frau: „Wenn nun aber das Kleine von Penelope angesteckt wird?" Dieser Gedanke entfachte neue Herzensangst bei ihr, und unser ganzer Haushalt konnte die Wiege nicht schnell genug für ihre Wünsche wieder aus dem Kinderzimmer herausbekommen, obgleich sie selbst dabei half und die Wiege in ihrer wahnsinnigen Hast beinahe in Stücke riß.

Wir zogen in das Erdgeschoß, wo nun aber wieder kein Platz war, an dem wir die Kinderfrau hätten verstauen können, und meine Frau meinte, ihre Erfahrung würde uns doch von unschätzbarem Wert sein. So zogen wir noch einmal mit Sack und Pack in unser Schlafzimmer zurück und hatten darauf dasselbe frohe und glückliche Gefühl wie vom Sturme gejagte Vögel, die ihr Nest erreicht hatten.

Nun eilte meine Frau in das Kinderzimmer, um dort nach dem Rechten zu sehen. In einer Minute war sie mit einer neuen Befürchtung zurück.

„Was mag die Kleine so fest schlafen machen?"

Ich sagte:

„Aber, mein Kind, Kleinchen schläft doch immer wie ein Murmeltier."

„Ich weiß wohl, ich weiß wohl, aber dieser Schlaf ist ganz eigentümlich. Kleinchen scheint so, scheint so — so so regelmäßig Atem zu holen. Ach, es ist schrecklich!"

„Aber, mein Herz, es atmet doch im Schlaf immer regelmäßig."

„Ach, das weiß ich; aber heute ist so etwas Erschreckendes darum herum! Seine Amme ist zu jung und unerfahren. Marie soll bei ihr bleiben, damit, wenn etwas passiert, sie gleich bei der Hand ist."

„Das ist ein guter Einfall, aber wer ist im Notfall dir zur Hand?"

„Dann kannst du mir beistehen, wenn ich es brauche. Ich würde sowieso niemandem in solchem Falle etwas zu tun gestatten, in einer Zeit wie diese."

Ich sagte, es schiene mir verabscheuungswürdig, im Bett zu liegen und zu schlafen, und ihr die Bewachung und Pflege unseres kleinen Patienten während der langen Nacht allein zu überlassen. Aber sie söhnte mich mit dem Gedanken aus, und die alte Marie zog ab und bezog ihr altes Lager in der Kinderstube.

Penelope hustete zweimal aus dem Schlaf.

„O, warum kommt bloß der Doktor nicht! Mortimer, das Zimmer ist zu warm, es ist viel zu warm. Drehe die Heizung ab — schnell!"

Ich drehte ab, sah gleichzeitig auf das Thermometer und wunderte mich, daß 15 Grad Celsius für ein krankes Kind zu warm sein soll.

Der Kutscher kam aus dem Zentrum zurück mit der

discher Klang wird jemals ihren Lippen entströmen, ihr angeborener Grundton ist ein moralisches Gequake. Niemals sind sie herzlich, niemals befriedigt. Ihre unruhigen Bewegungen zeigen „Meinungsverschiedenheit“ an, ihre herabhängende Lippe verrät „Unzufriedenheit“, das Spiel ihrer Gesichtsmuskeln stellt „einen Antrag“ in Aussicht, und ihre gerunzelten Augenbrauen künden „ein ganz neues Prinzip“ an. Man möchte sie eine Art gesellschaftlicher Stachelschweine nennen, deren Stacheln sich ewig sträuben. Ihr Blick ist verquer, sie sehen alle Dinge verkehrt an, sie stecken alle Dinge gleichsam ins Wasser, wo dann auch das Geradeste krumm erscheint. Sie wissen, daß man jedes Wort verschieden deuten kann, und sie fassen eure Worte immer gerade so auf, wie ihr sie nicht meint. Sie wissen, daß kein Plan, kein Entwurf so vollkommen sein kann, daß er alles berücksichtigt, und sie klammern sich stets an das, was darin vergessen ist, tun immer so, als sei es beabsichtigt. Sie treten einem Verein bei, scheinbar, um mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Werke, in der Tat aber nur, um zu kritisieren, ohne zu versuchen, das besser zu machen, worüber sie sich aufhalten. Sie benutzen nicht die Vorzüge des Vereins, um diese zu verteidigen, sondern erspähen alle Schwächen, um sie dem gemeinsamen Feinde zu verraten. Jeden Genossen lassen sie fortwährend Unzufriedenheit fühlen, bis ihre Gegenwart zu einer wahren Strafe wird und ihr das Gefühl habt, als ob ihr Frieden und gegenseitige Achtung nicht bei euren Freunden, sondern bei euren Gegnern zu suchen hättet. Einem jeden prophezeien sie so lange, daß die Sache schlecht gehen wird —, bis sie selbst richtig jeden Erfolg vereitelt haben.“

Praktische Bodenpolitik.

Die deutsche Reichsverfassung vom 11. August 1919 enthält in Artikel 155 Bestimmungen über eine Neuregelung der Bodenverteilung und der Bodenbewirtschaftung, deren wichtigste sind: Jeder deutschen Familie soll eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte gesichert werden unter besonderer Berücksichtigung der kinderreichen Familien und der Kriegsteilnehmer, der erforderliche Grundbesitz kann enteignet und der Gesamtheit dienstbar gemacht werden, zumal wenn der Grundbesitzer seine Pflicht der Gemeinschaft gegenüber nicht erfüllt. Leider stehen diese Bestimmungen im großen und ganzen bislang noch lediglich auf dem Papier, und es ist höchste Zeit, daß an die praktische Verwirklichung herangegangen wird. Die sozialdemokratische Partei des Reichstages hat deshalb nach langer eingehender Beratung Richtlinien aufgestellt, nach denen die erstrebte Bodenreform vorgenommen werden soll.

Für die Notwendigkeit einer praktischen Bodenreform sprechen verschiedene Gründe. Zunächst steht fest, daß im deutschen Volke ein starker Drang nach landwirtschaftlicher Betätigung vorhanden ist. Weite Schichten der Bevölkerung haben das Bedürfnis, sich einen mehr oder minder großen Teil ihrer Nahrungsmittel durch eigene Arbeit zu beschaffen. Auf dem Lande ist dies ganz selbstverständlich, denn der Bewohner eines Dorfes oder einer Kleinstadt könnte kaum seinen Lebensunterhalt erwerben, wenn er nicht neben seiner Berufsarbeit noch einen Garten und ein Stück Land hätte, auf dem er Kartoffeln, Gemüse, Obst usw. zieht, auf dem er eine Kuh, eine Ziege, ein Schwein, Hühner oder Kaninchen hält. Der Ertrag dieser Nebenbeschäftigung macht einen wesentlichen Teil seines Einkommens aus. Aber auch die Bewohner der mittleren und großen Städte haben Lust und Liebe zur Land- und Gartenarbeit, was man in den zahlreichen Schrebergärten tagtäglich beobachten kann. Diese Beschäftigung gewährt nicht nur seelische Befriedigung und bietet gesundheitliche Vorteile, sie ist auch volkswirtschaftlich von großer Bedeutung, weil sie durch die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln die Existenzmöglichkeit zahlreicher Familien erhöht. Darum ist es die Pflicht des Staates und der Gemeinden, diesem Willen zur Selbstversorgung entgegenzukommen. Die Einwürfe, die man hier und da hört, daß diese landwirtschaftliche Betätigung die Menschen abstumpfe und sie von der politischen, geistigen und kulturellen Arbeit abgewöhne, sind unzutreffend. Wo dies der Fall ist, liegt das daran, daß man nicht versteht, diese Schichten für andere Dinge, als die Landarbeit, zu interessieren. Zweifellos finden wir auf dem flachen Lande gerade unter den auf eigenem oder gepachteten Boden landwirtschaftlich tätigen Arbeitern die eifrigsten und tüchtigsten Genossen, was sich u. a. auch daraus erklärt, daß sie unabhängiger sind als die landlosen Proletarier.

Uebrigens muß es als ein Unding bezeichnet werden, wenn in einem Lande, in dem eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern Hunderttausende von Morgen Land besitzen, Millionen von Menschen, die sich nach einem Stück Land sehnen, diese Sehnsucht nicht befriedigen können. Da fällt einem das Wort ein, das der römische Volkstribun Tiberius Gracchus im Senat sprach: „Ihr verlangt vom römischen Proletarier, daß er sein Vaterland lieben und verteidigen soll. Aber der römische Proletarier hat kein Vaterland. Dieselben Männer, die auf den Schlachtfeldern für Roms Ehre ihr Blut vergossen haben, irren besitzlos und obdachlos im Lande herum. Die Vögel des Himmels haben ihre Nester und die Füchse haben ihre Höhlen, aber der römische Proletarier hat nicht so viel, wohin er sein Haupt legen kann. Gebt ihm ein Vaterland, und er wird sein Vaterland lieben und verteidigen.“ Klingt es nicht, als ob diese Worte erst heute gesprochen worden wären? Hier steckt der tiefste Grund für die unabweisbare Notwendigkeit, den Drang nach landwirtschaftlicher Betätigung zu befriedigen.

Aber auch bevölkerungspolitische und betriebstechnische Gründe sprechen für eine Umwandlung unserer ländlichen Besitz- und Wirtschaftsverhältnisse. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz hat überall und zu allen Zeiten eine ungeheure Entvölkerung zur Folge gehabt, weil auf den weiten Landgütern (Latifundien), die sich im Besitz einer einzigen Familie befinden, verhältnismäßig wenig Menschen wohnen, während in den Gegenden, wo der mittel- und kleinbäuerliche Betrieb vorherrscht, sehr viel Menschen leben können. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Großgrundbesitz ein Unglück für ein Land, das alte Rom ist an der Latifundienwirtschaft zugrunde gegangen, und so droht auch dem deutschen Volke der Untergang, wenn es nicht gelingt, diesem Uebel Einhalt zu tun. Aber noch aus einem andern Grunde bedeutet der landwirtschaftliche Großbetrieb eine Schädigung des Volkswohls. Er bringt nämlich viel weniger Erträge als der bäuerliche Mittel- und Kleinbetrieb, wenn man die Sache in ein richtiges Verhältnis stellt. Im Gegensatz zur Industrie, in der der Großbetrieb leistungsfähiger ist als der Kleinbetrieb, lehrt uns die Erfahrung, daß in der Landwirtschaft, die mit nur wenig fremden Leuten wirtschaftenden Betriebe verhältnismäßig bedeutend leistungsfähiger sind, als die Riesenbetriebe, die auf fremde Arbeitskräfte angewiesen sind. Die Ursache hiervon ist darin zu sehen, daß die Landwirtschaft, weil sie mit lebenden (organischen) Dingen zu tun hat, viel mehr innere Anteilnahme an der Beschäftigung und eine stärkere seelische Einstellung auf die Arbeit erfordert als die es in der Industrie der Fall ist. Endlich muß auch noch erwähnt werden, daß der Großgrundbesitz in Deutschland der eigentliche Hort der Reaktion ist — viel stärker noch als die Großindustrie —, und daß es deshalb angezeigt erscheint, diese Quelle reaktionärer Umtriebe und nationalistisch-chauvinistischer Verhetzung zu verstopfen. Dem preußisch-deutschen Junkertum muß endlich einmal der Daumen aufs Auge gedrückt werden, und das kann nur dadurch geschehen, daß man ihm einen Teil seines Grund und Bodens abnimmt, den es sich im Laufe der Jahrhunderte durch Gewalt, List und Betrug widerrechtlich zusammengeräubert hat. Die Enteignung des Großgrundbesitzes über eine Fläche von 750 Hektar Land und von 100 Hektar Wald, wie sie die Richtlinien der sozialdemokratischen Partei fordern, ist also nur ein Akt der Wiedergutmachung eines Verbrechens, daß die Raubritter und Landräuber am deutschen Volke begangen haben.

Bei der praktischen Verwirklichung der Bodenreform wirft sich die schwierige Frage auf, was mit dem enteigneten Boden, der in den Besitz des Reiches übergegangen ist, geschehen soll. Der Vorschlag, die großen Landflächen ausnahmslos den von den Landarbeitern zu bildenden Produktivgenossenschaften zur Bewirtschaftung zu übergeben, ist nach den Erfahrungen, die bislang gemacht worden sind, unpraktisch, da es vorläufig noch an den geistigen, seelischen und betriebstechnischen Voraussetzungen einer gedeihlichen Bewirtschaftung fehlt. Vielleicht ist es richtiger, wenn das Reich die abgerundeten Großgüter verpachtet oder wenn es sie an Gemeinden oder Konsumgenossenschaften zum Zwecke der Eigenproduktion von Nahrungsmitteln überläßt. Einige könnten auch von ihm als Muster — und Versuchswirtschaften in eigener Regie bewirtschaftet werden. Wenn auch eine schematische Zerschlagung des Großgrundbesitzes nicht zu empfehlen ist, weil für den Körner- und Hackfrüchtebau seine Leistungsfähigkeit außer Zweifel steht, so muß doch das Bestreben darauf gerichtet sein, möglichst vielen landhungrigen Menschen den Zugang zum Grund und Boden zu öffnen. Vom sozialistischen Standpunkte aus muß es allerdings vermieden werden, neues Grundeigentum zu schaffen und neue Grundbesitzer zu erzeugen. Es wäre zweifellos falsch, den Eigentumsfanatismus zu züchten und die Gier nach eigenem Land künstlich groß zu ziehen. Deshalb soll der enteignete Boden in der Weise verwertet werden, daß er denen, die ihn bearbeiten und bewirtschaften wollen, als Siedlung oder in Erbpacht übertragen wird. Damit wird den neuen Bewirtschaftern die Sicherheit gegeben, daß sie von ihrem Grundstück nicht vertrieben werden können, sofern sie die Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit erfüllen, und daß sie auch das Recht haben, wenn die gleichen Voraussetzungen gegeben sind, ihren Boden an ihre Nachkommenschaft zu vererben. Zugleich aber wird ihnen die Möglichkeit genommen, Bodenwucher zu treiben, indem sie die Konjunktur ausnützen und durch den Verkauf ihres Grundstückes unverdiente Gewinne einheimsen. Dadurch wird erreicht, daß den Bearbeitern und Bewirtschaftern des Bodens die Früchte ihres Schaffens zugute kommen, ein Umstand, der ihren Fleiß, ihren Eifer, ihre Tatkraft und ihre Pflichttreue steigern muß, andererseits aber wird vermieden, daß der Boden zu einer Ware wird, mit der Handel getrieben werden kann. Das Reich bleibt unter allen Umständen Eigentümer des enteigneten Bodens, es überläßt ihn aber der Bevölkerung zu zweckdienlicher pflichtgemäßer Bewirtschaftung. In welcher Form dies zu geschehen hat, läßt sich theoretisch nicht ohne weiteres feststellen, das kann erst durch praktische Versuche im einzelnen ermittelt werden.

Als Ziel der praktischen Bodenpolitik wird in den Richtlinien die Verwirklichung der Bestimmungen der Reichsverfassung hingestellt, die da sagen, daß Eigentum verpflichtet und daß sein Gebrauch sogleich Dienst sein soll für das gemeine Beste und daß die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens eine Pflicht des Besitzers ist gegenüber der Gemeinschaft. Zu diesem Zwecke soll baldigst ein Bodenbewirtschaftungsgesetz erlassen werden, das Mindestforderungen vorschreibt für die landwirtschaftliche Bodenbenutzung. Es handelt sich hier um die intensive Bodenbearbeitung und planmäßige Bodenverbesserung, um eine zweckentsprechende Düngung, um richtige Wahl und Verwendung des Saatgutes, um Hebung und Förderung der Viehzucht und um die Verwendung guter Maschinen und Geräte. Auch der genossenschaftliche Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Erzeuger spielt hier eine große Rolle. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung, damit die Städte und die Industriebezirke ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt werden können, ist eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben. Sie wird aber nur dann möglich sein, wenn der Boden derartig verteilt worden ist, daß jeder Deutsche, der gewillt und geeignet ist zur landwirtschaftlichen Betätigung, hierzu auch die Gelegenheit hat. Dann erst wird sich ein reger Wett-

---

Nachricht, daß unser Hausarzt krank im Bette läge. Meine Frau sah mich gebrochenen Auges an und sagte mit gebrochener Stimme:

„Darin ist die Hand der Vorsehung! Das ist Bestimmung! Er war noch nie krank. Niemals! Wir sollten ein anderes Leben führen, als wir es tun, Mortimer. Ich habe es dir wiederholt gesagt. Nun siehst du den Erfolg. Unser Kind wird nie wieder gesund werden! Sei froh, wenn du dir verzeihen kannst! Ich kann mir selbst niemals verzeihen“

Ohne Absicht zu verletzen, aber mit ungewählten Worten sagte ich, nicht einsehen zu können, inwiefern wir einen so verabscheuungswürdigen Lebenswandel geführt hätten.

„Mortimer! Willst du das Unheil auch auf Kleinchen herabbeschwören!“

Darauf begann sie zu weinen. Plötzlich stieß sie hervor:

„Der Doktor muß Medizin mitgeschickt haben!“

„Natürlich,“ erwiderte ich, „hier ist sie, ich wartete nur, bis du mir Zeit ließest, es dir zu sagen.“

„Na, dann gib her! Weiß du nicht, daß jetzt jeder Augenblick kostbar ist? Aber wiederum, was nützt das Herausschicken von Medikamenten, wenn er doch weiß, daß die Krankheit unheilbar ist?“

„Solange man lebt, hofft man,“ warf ich ein.

„Hoffen! Mortimer, du weißt nicht mehr, was du sagst, als ein ungeborenes Kind. Wenn du so freundlich wärest — So wahr ich lebe, nach der Vorschrift soll alle Stunden ein Teelöffel voll gegeben werden! Alle Stunden! Als ob wir ein ganzes Jahr vor uns hätten, um unser Kind zu retten. Mortimer, bitte, eile dich, gib dem armen, zugrunde gehenden Wurm einen Eßlöffel voll und möglichst schnell!“

„Aber, Teuerste, ein Eßlöffel voll könnte —“

„Mach mich nicht wahnsinnig! — Hier, hier, hier, mein Goldenes, mein Einziges; es ist häßliches, bitteres Zeug, aber gut fürs Kindchen, gut für Mutters einzigen Liebling und wird ihm gut tun. So, so, so, lehne das Köpfchen an Mammas Brust und schlafe ein und hübsch bald — oh, oh, ich weiß wohl sie wird den Morgen nicht erleben! Mortimer, ein Eßlöffel voll, alle halbe Stunden, wird — — Oh, das Kind muß Belladonna haben, ich weiß, es muß, und Akonit. Hole es, Mortimer! Laß mich meinen Willen haben, denn du verstehst von solchen Dingen nichts!“

Nun gingen wir zu Bett. Die Wiege stellten wir so dicht wie möglich an meiner Frau Kopfkissen. Da mich die Plackerei ziemlich stark angestrengt hatte, war ich in wenigen Minuten schon halb im Schlaf. Meine Frau weckte mich:

„Mein Lieber, ist die Heizung offen?“

„Nein.“

„Das dachte ich mir. Bitte, öffne sie sofort. Es ist kalt im Zimmer.“

Ich öffnete das Ventil und schlief wieder ein. Noch einmal wurde ich geweckt:

„Mein Bester, möchtest du die Wiege nicht lieber an dein Bett rücken. Es steht dem Heizkörper näher.“

Ich änderte ihren Stand; hatte dabei aber einen Zusammenstoß mit der Decke und erweckte dadurch das Kind. Ich drückte wieder ein, während meine Frau den Patienten beruhigte. Aber schon nach einer kleinen Weile hörte ich, wie von ferne durch einen Traumnebel murmeln:

„Ach, Mortimer, wenn wir nur etwas Gänseschmalz hätten — möchtest du nicht danach klingeln?“

Ich kletterte traumverloren aus dem Bett und trat dabei auf eine Katze, die laut dagegen protestierte, wofür sie einen kräftigen Tritt erhalten hätte, wenn er nicht von einem Stuhl für sie aufgefangen worden wäre.

„Nanu, Mortimer, warum willst du denn das Gas aufdrehen? Vielleicht, um das Kind wieder zu wecken?“

„Nein, Karoline, weil ich sehen will, wie groß meine Verletzung ist.“

„Na, sieh nur bei dieser Gelegenheit auch gleich nach dem Stuhl, ich zweifle nicht daran, daß er unbrauchbar geworden ist. Und die arme Katze, ich glaube, du hast sie —“

„Nun, über die Katze glaube ich gar nichts. Alles wäre nicht passiert, wenn Marie hätte hier bleiben können und sich um diese Obliegenheiten kümmern, die ihr und nicht mein Geschäft sind.“

„Mortimer, weißt du, ich hätte geglaubt, du würdest dich schämen, eine derartige Bemerkung zu machen! Schlimm genug, daß du nicht imstande bist, die paar Kleinigkeiten zu leisten, die ich von dir in einer so entsetzlichen Lage verlange, während unser Kind —“

„Na, ja doch, laß nur, ich will ja alles tun, was du verlangst, aber mit dieser Klingel kann ich niemanden wach bekommen. Alle sind zu Bett gegangen. Wo ist denn das Gänseschmalz?“

„Auf dem Kamin in der Kinderstube. Wenn du dorthin gehen würdest und mit Marie sprechen —“

Ich holte das Gänseschmalz und schlief wieder ein. Nochmals wurde ich gerufen:

„Mortimer, so ungern ich dich störe, aber das Zimmer ist für mich noch zu kalt. Ich kann dabei gar nicht erst versuchen, die Salbe anzuwenden. Würde es dir etwas ausmachen, das Feuer anzuzünden. Du brauchst nur ein Streichholz zu nehmen, es ist alles fertig.“

Ich schleppte mich aus dem Bett, machte Feuer und setzte mich trostlos.

„Mortimer, bleib da nicht sitzen und hole dir den Tod bei der Kälte. Komm ins Bett!“

Als ich aber hinein wollte, sagte sie:

„Noch einen Augenblick, bitte, gib dem Kinde erst noch einmal von der Medizin!“

Was ich tat. Es war eine Medizin, die das Kind mehr oder weniger anregte. So nutzte meine Frau die Zeit seines Wachseins damit aus, daß sie es auszog und über und über mit Gänsefett einrieb. Ich war bald wieder einmal eingeschlafen, mußte aber auch bald wieder heraus.

„Mortimer, ich fühle Zug! Deutlich fühle ich Zug. Bitte, schiebe die Wiege vor das Feuer.“

Ich tat es und kollidierte wieder mit der Decke, die ich nun ins Feuer warf. Meine Frau sprang aus dem Bett und rettete sie, während wir dabei zu einem leichten Wortwechsel kamen. Nachdem ich dann wieder eine kleine Länge Schlaf gehabt hatte, stand ich auf Wunsch auf, um einen Leinsamenumschlag herzurichten. Dieser wurde auf des Kindes Brust gelegt, um dort seine heilende Wirkung auszuüben.

Ein Holzfeuer ist nicht von ewiger Dauer. Ich erhob mich ungefähr alle zwanzig Minuten, um frisch aufzulegen, und das gab meiner Frau Gelegenheit, die Zwischenräume zum Medizingeben auf zehn Minuten herabzusetzen, was ihr große Befriedigung verschaffte. Dazwischen erneuerte ich hin und wieder die Leinsamenumschläge und wendete Senfpflaster und andere Arten Zugmittel an, wo noch eine leere Stelle auf des Kindes Körper gefunden werden konnte.

Gegen Morgen ging das Holz aus, und meine Frau verlangte von mir, aus dem Keller mehr zu holen. Ich sagte:

„Mein Herz, das ist ein ziemlich hartes Stück Arbeit; außerdem muß doch das Kind bei seiner Extrabekleidung nunmehr warm genug sein. Wollen wir ihm nicht noch einen anderen Umschlag und —“

eifer entwickeln unter den Landwirtschaftern, der den Ansporn bietet zur Erzielung von Höchstleistungen, aber auch dann erst wird es möglich sein, den Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen städtischen Verbrauchern und ländlichen Erzeugern aus der Welt zu schaffen. Und das wird nicht nur dem Magen des deutschen Volkes Nutzen bringen, auch seine Seele wird davon Vorteil haben, wenn sich Industrie und Landwirtschaft, Fabrik und Garten, Mietskaserne und Ackerfeld, friedlich die Hände reichen. Wirtschaftliche und seelische Nöte schreien geradezu nach einer praktischen Bodenpolitik.

Franz Laufkötter.

Rundschau.

Die Herberge in Berlin mußte im November wegen der außerordentlich schwierigen Verhältnisse geschlossen werden. Viele reisende Kollegen beklagten diese Maßnahme und verlangten die Wiedereröffnung des Herbergsbetriebes. Diesen Wünschen ist jetzt die Verwaltung des Berliner Gewerkschaftshauses nachgekommen und hat die Herberge seit dem 21. Januar wieder in Betrieb genommen. Reisenden Kollegen, die Aufenthalt in Berlin nehmen müssen, wird die Benutzung der Herberge im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25 empfohlen.

Betriebsräte im Aufsichtsrat. Im Reichsgesetzblatt, Teil I, vom 31. Dezember 1923, Seite 1253, ist die „Verordnung über Goldbilanzen" vom 28. Dezember 1923 veröffentlicht. Nach § 1 dieser Verordnung sind vom 1. Januar 1924 oder, wenn das Geschäftsjahr mit einem späteren Zeitpunkt beginnt, von diesem Zeitpunkt ab, Inventar und Bilanz in Goldmark aufzustellen. Zu denselben Terminen sind nach § 2 ein Eröffnungsinventar und eine Eröffnungsbilanz in Goldmark aufzustellen. § 13 schreibt vor: „Bei Aktiengesellschaften haben die Mitglieder des Aufsichtsrats die Eröffnungsbilanz und den Hergang der Umstellung zu prüfen. Ueber die Prüfung ist der Generalversammlung von dem Vorstand und dem Aufsichtsrate schriftlich Bericht zu erstatten. . ." Die Verordnung enthält dann noch eine große Zahl von wichtigen Grundsätzen, welche für die Eröffnungsbilanz und das Eröffnungsinventar maßgebend sind.

Die Betriebsräte im Aufsichtsrat haben die Pflicht, sich mit dem Inhalt der Verordnung genau vertraut zu machen und sich seinerzeit mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats in Verbindung zu setzen, falls sich dieser nicht schon selbst an die Betriebsräte im Aufsichtsrat wendet, um ihre sich aus der vorgenannten Verordnung ergebenden wichtigen Aufgaben und Pflichten zu erfüllen.

Die Gauleiterkonferenz der Buchdrucker hat sich auch, nachdem sie am ersten Sitzungstage zur Aussperrung im Buchdruckgewerbe Stellung genommen hatte und der bekannten Vereinbarung zwischen Gehilfen und Prinzipalen durch die bereits veröffentlichte Entschließung ihre Zustimmung gab, am anderen Tage mit dem Verlauf und den Wirkungen des Berliner Streiks beschäftigt. Dabei stellte die Konferenz fest, daß der Verbandsvorstand die Bewegung als verfehlt betrachtet, aber doch alles getan hat, um in Verbindung mit dem Gauvorstand, dem RAM. und dem ADGB. eine rasche Beilegung des Streiks herbeizuführen. Die Schlappe ist jetzt auch bei den Berliner Buchdruckern überwunden, das zeigte die Haltung der Gehilfen bei dem geplanten Gewaltstreich der Unternehmer. Auch das gelbe Pflänzchen in Berlin wird bald eingehen müssen, da vom Dreck allein das Gewächs nicht leben kann. Bemerkenswert ist noch, daß bekannte radikale Maulaufreißer dem gelben Nachweis vorstehen. Immerhin ein gutes Zeichen, daß sei.12 Tage gezählt sind. Den Unternehmern wird bald das schöne Geld leid tun, das diese ihre Gründung kostet. — Die finanziellen Verhältnisse des Verbandes sind wieder gefestigt, die trüben Zeiten der furchtbaren Geldentwertung sind überwunden, auch der „Korrespondent" macht dank der Hilfsaktion der Mitglieder dem Verband keine Sorgen mehr. Große Verdienste um die Erhaltung der Verbandszeitung haben sich die ausländischen Kollegen erworben, die, ohne dazu angegangen worden zu sein, in der Bekundung internationaler Solidarität Vorbildliches leisteten. — Als nächster Tagungsort für den Verbandstag wurde Hamburg beibehalten. Das Verbandsparlament wird jedoch nicht vor Ende August oder Anfang September zusammentreten.

Klara Bien gestorben. Ein empfindlicher Verlust hat den Verband und vornehmlich die Berliner Kollegen betroffen. Kollegin Bien, die Mitbegründerin unseres Verbandes, ist am 13. Januar auf tragische Weise aus dem Leben geschieden. Sie ist es gewesen, die im Auftrag der Berliner Agitationskommission im Reich persönlich die Mitgliedschaften in den mittleren Großstädten aufsuchte, um sie für die Zentralisation zu gewinnen. Manche Zahlstelle hat sie auf ihrer Agitationsreise gegründet. Auf dem Gründungsverbandstag hatte sie das Referat über die Verbandsgründung übernommen, und alle bestehenden Zweifel, die damals noch bei manchem bestanden, in ihrer beredten Art zerstreut. Auch in den Jahren nachher stand sie stets in der vordersten Reihe und selbst im Alter war sie den Jungen noch Vorbild. Auf der letzten Versammlung in Berlin hörten wir sie noch, unsere Klara, die eindringlich und überzeugend zu den Mitgliedern sprach. Niemand dachte auch nur entfernt daran, daß sie in wenigen Tagen von uns gehen würde. Bei dem letzten Berliner Streik war sie unermüdlich tätig; der Dank der Unternehmer, die sie nicht wieder einstellen wollten, wird die alte Kämpferin nicht überrascht haben. Das bittere Elend, Sorge und Hunger, hätten die fast 70jährige sicher nicht untergekriegt, aber die brutale Gemeinheit des Herrn Arbeitgebers, der sie mit dem Bemerken wieder zum Nachweis zurückschickte, 70jährige Angelegerinnen könne er nicht mehr beschäftigen, hat sie so ins Herz getroffen, daß sie verzweifelnd Hand an sich selbst legte. Ein Leben harter Arbeit hat sie den Unternehmern geopfert und nach Kapitalistenmoral verdient, in den Tod getrieben zu werden. Im Berliner Buchdruckgewerbe, von allen Arbeitern geachtet und gekannt, trauert man aufrichtig um diese tapfere Kämpferin, die wie selten jemand in der Gewerkschaftsbewegung ihre volle Pflicht erfüllt hat.

Unternehmerwillkür im Zeitungsgewerbe auch gegen die Angestellten. Die Unternehmer des Groß-Berliner Zeitungsgewerbes benutzen den verlorenen Buchdruckerstreik im November v. J., um auch die Angestellten aller ihrer Rechte zu berauben. Mit guter Absicht wurden die Tarifverhandlungen für den Monat Dezember sabotiert. Während dieser Zeit wurden die Angestellten durch den Druck niedriger Akontozahlungen gezwungen, Einzelverträge auf Goldmarkgehälter, aber mit verlängerter Arbeitszeit, zu unterschreiben. Dies alles, trotzdem ein Rahmentarif besteht, der bis zum 30. Juni 1924 läuft. Auch die am 9. Januar vor dem Schlichter angesetzten Verhandlungen wurden durch Nichterscheinen der Arbeitgeber unmöglich gemacht. Die den Angestellten aufgezwungenen Gehälter sind jämmerlich. Verheiratete Diätare erhalten nach den Einzelabmachungen im Zeitungsgewerbe 2 Mk. (!) pro Arbeitstag, ledige 1,60 Mk. Abgesehen davon, sind durch diese Sonderabmachungen alle tarifischen Vergünstigungen aufgehoben, z. B. auch die Urlaubsregelung der Willkür der Unternehmer preisgegeben. Systematisch bauen die Unternehmer dieser Branche auch die Betriebsvertretungen ab. Das Haus Mosse hat seinen Betriebsrat ausgekauft, den größten Teil der Zentralverbandsmitglieder an die frische Luft gesetzt. Das Haus Scherl hat dem Angestelltenrat, welchen es durch den Schlichtungsausschuß nicht beseitigen konnte, ohne Angabe von Gründen gekündigt und ihm das Haus verboten. So sieht die soziale Gerechtigkeit, deren sich die Unternehmer im redaktionellen Teil ihrer Blätter rühmen, in den Betrieben aus. Es wird der ganzen Kraft der Organisationen und des Zusammenschlusses aller noch abseitsstehenden Kollegen bedürfen, um dieser Willkür ein Paroli bieten zu können.

Arbeitszeitverkürzung und Mehrproduktion. Der englische „Observer" erbringt an der Hand der Produktionsziffern für Kohlenförderung den Beweis, daß die auf den Kopf des Arbeiters entfallende Menge sich seit dem Kriege erhöht hat, trotz der Herabsetzung der Arbeitszeit von acht auf sieben Stunden! Gegenwärtig wird mehr erzeugt als im Frieden, obwohl die Zahl der Bergarbeiter nur unwesentlich gesteigert wurde.

Erwerbslosenunterstützung an die Personale verbotener Zeitungen und Druckereibetriebe. Zur Frage einer Entschädigung der durch die Presseverbote geschädigten Personale ging vom Reichsarbeitsminister ein Bescheid ein, den wir im Wortlaut dem „Korr." entnehmen. „Der Bezug von Erwerbslosenunterstützung ist davon abhängig, daß die Erwerbslosigkeit Kriegsfolge ist (§ 6 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921, „Reichsgesetzblatt" S. 1337). Ich habe gegenüber dem Preußischen Herrn Minister für Volkswohlfahrt (wegen der Vorgänge in Königsberg und Halle) und dem Bayerischen Herrn Minister für soziale Fürsorge (wegen der Vorgänge in München) meiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß diese Voraussetzung bei Zeitungsverboten u. a. im Hinblick auf die mit dem verlorenen Kriege zusammenhängende starke und dauernde innerpolitische Spannung in der Regel als gegeben anzusehen sei. Die genannten Herren Minister werden das Weitere veranlassen." Dieser Bescheid des Reichsarbeitsministers ist insofern von Bedeutung für unsere durch Zeitungsverbote oder durch Druckereischließungen aus politischen Gründen geschädigten Kollegen, als darin wenigstens die Berechtigung zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung grundsätzlich anerkannt wird. Das ist immerhin ein Fortschritt gegen die in einigen Städten (Königsberg, Hof usw.) geübte Vorenthaltung der Erwerbslosenunterstützung für die infolge Zeitungsverboten unschuldig in schwere wirtschaftliche Bedrängnis geratenen Druckereipersonale.

Wohin kann man auswandern? Die Völkerwanderung im zusammengebrochenen Europa dauert an, der Hunger zwingt die Menschen zur Auswanderung. Nicht nur in den besiegten, sondern auch in den anderen Ländern sind Massenbestrebungen zur Auswanderung vorhanden. Wie und wohin soll man aber auswandern? Die Reisekosten stehen hindernd im Weg, sie sind besonders für die Arbeiter in Ländern mit entwerteter Valuta oft unerschwinglich. Arbeiter aus besiegten Ländern, besonders aus Deutschland, stoßen auf Hindernisse bei den Siegern: nach Britisch-Indien und Australien werden sie überhaupt nicht zugelassen, England und Frankreich erschweren ebenfalls die Einwanderung aus den besiegten Ländern. Aber auch sonst machen viele Länder Schwierigkeiten. Die meisten verlangen Einreiseerlaubnis. Einige Länder, wie die Tschechoslowakei, Griechenland, Argentinien, gewähren solche nur, wenn der Auswanderer bereits eine Stelle bzw. einen Arbeitsvertrag in dem betreffenden Land aufweisen kann. Andere, wie Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Holland, die Schweiz und die Baltischen Staaten erteilen Einreiseerlaubnis nur, insofern in gewissen Gewerben Arbeitermangel vorhanden ist. Die Tschechoslowakei verlangt außer der Einreiseerlaubnis auch noch Aufenthaltsbewilligung der Gemeinde, in Rumänien kann der Eingewanderte nach 30 Tagen wieder ausgewiesen werden. Die Auswanderung nach Rußland ist praktisch kaum möglich. Einreiseerlaubnis wird nur in Ausnahmefällen erteilt. Die Einschränkungen der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten sind wohl allgemein bekannt. Der zugelassene Auswanderer darf aber hier keine (!) feste Stellung haben, sonst wird er zurückgeschickt. Es gibt eine Anzahl von Ländern, wohin die Ausreise frei ist: Oesterreich, Italien, Spanien, Aegypten, Türkei, Holländisch-Indien, Südafrika, die meisten südamerikanischen Staaten, Afghanistan (das im letzten Jahr besonders große Massen europäischer Auswanderer aufgenommen hat). In den meisten dieser Länder herrscht jedoch Arbeitslosigkeit, und eine Arbeitsgelegenheit ist nur sehr schwer zu finden. China und Japan stellen der Einreise keine Hindernisse in den Weg, in beiden Ländern ist jedoch infolge der Uebervölkerung dieser Länder Arbeitskraft genug vorhanden, selbst Japan braucht zur Wiederherstellung der durch das Erdbeben verursachten Schäden keine fremden Kräfte.

Zahlstelle Berlin!

Ausschlüsse. Nachstehend aufgeführte Mitglieder der Zahlstelle Berlin sind auf Grund des § 12 Ziffer 2c des Verbandsstatuts aus dem Verbande ausgeschlossen worden. Einsprüche gegen den Ausschluß sind an den Ortsvorstand, Alte Jakobstr. 5, zu richten.

Buch-Nr. 1852 Reinhold Hildebrandt, 755 Otto Bierkant, 758 Karl Blaumann, 4636 Willi Faugk.

Von der Ausschlußliste sind zu streichen: Buch-Nr. 3549 Max Witwer, 6990 Frieda Barthel, 448 Willi Schreiber.

Theaterkarten zum 17. Februar für das Neue Theater am Zoo sind im Ortsbureau zu haben. Zur Aufführung gelangt „Hoffnung auf Segen". Ebenfalls sind Karten zum 24. Februar für das Staats-(Schiller-)Theater erhältlich.

Abrechnungen.

In der Woche vom 14. bis 19. Januar gingen nachfolgende Beträge bei der Hauptkasse ein:

Gau 1: Köln 100, Hamm 2, Minden 26 Mk.
Gau 2: Frankfurt a. M. 400, Gießen 12 Mk.
Gau 3: Stuttgart 70, Heilbronn 20 Mk.
Gau 4: München 50, Augsburg 50, Kaufbeuren 32,65, Kempten 22, Landshut 21 Mk.
Gau 4a: Nürnberg 50 Mk.
Gau 5: Dresden 245, Pirna 5 Mk.
Gau 6: Cöthen 10 Mk.
Gau 7: Brandenburg 15, Cottbus 11, Potsdam 10 Mk.
Gau 8a: Aschersleben 25 Mk.
Gau 9: Osnabrück 10, Detmold 3 Mk.
Gau 10: Hamburg 200, Lübeck 18 Mk.
Gau Schlesien: Glogau 18, Görlitz 57 Mk.
Gau Leipzig: 446,68 Mk.
Gau Thüringen: 50 Mk.

Berlin, den 19. Januar 1924. H. Lodahl.

Literatur.

Die Verordnung über die Arbeitszeit. Mit Erläuterungen. Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, herausgegeben von Th. Leipart. 32 S. 8°. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der Bundesvorsitzende diese 32seitige Schrift herausgebracht. Sie enthält den genauen Wortlaut der Verordnung vom 31. Dezember 1923 und daneben ausführliche Erläuterungen zu jedem einzelnen Paragraphen. Die Schrift ist insbesondere für die Funktionäre und für die Betriebsräte bestimmt, denen sie wertvolle Aufklärung gibt für die Abwehr des Generalangriffs der Unternehmer gegen den Achtstundentag. Nach diesen Erläuterungen wird es erst richtig klar, wie falsch die Auslegung von Unternehmerseite ist, daß die neue Verordnung sie zur unbegrenzten Ausdehnung der Arbeitszeit berechtige. Die Aufklärung über den wirklichen Inhalt der Verordnung muß überall unter den Arbeitern und Angestellten verbreitet werden, sie wird ihnen den Kampf für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages wesentlich erleichtern. Im Vorwort der Schrift erklärt Leipart, daß die Gewerkschaften nicht aufhören werden, die Bestimmungen der Verordnung, die gegen ihren Widerspruch zum Gesetz erhoben worden sind, zu bekämpfen und ihre Abänderung oder ihre Beseitigung zu fordern. Er fordert zugleich alle Mitglieder der Gewerkschaften nebst der gesamten übrigen Arbeitnehmerschaft auf, ihre Vertreter jederzeit kräftig und entschlossen in der Erfüllung dieses Willens zu unterstützen.

Briefkasten.

E. in Greiz. Nicht verkaufte Zeitungen für Dezember brauchen in Ihrem Falle nicht bezahlt zu werden, auch auf Rücksendung wird kein Wert gelegt. Für die jetzt bestellten Exemplare ist der Bezugspreis sofort einzusenden. — **M. in Frankfurt a. d. O.** Nachsendung ist erfolgt. Die Weiterbestellung bei der Post nicht vergessen. — **K. in Frsm.** Die 20 Exemplare waren doch für Februar mehr bestellt? Der Schaden ist jedoch kuriert. — **L. in Nordhausen.** Geben Sie Nachricht, ob die Zeitungen dort bei der Post bestellt sind, damit doppelte Zusendung vermieden wird. Zum Postbezug kann nur dringend geraten werden. — **An dem L.** Sie bilden sich wohl ein, Sie sind bei uns unter die Indianer geraten. Hier ist kein Raum für Ihre Kriegstänze.

Ich beendete meinen Satz nicht; denn ich wurde unterbrochen. Ich holte eine Weile Holz und kroch dann wieder ins Bett und begann zu schnarchen wie es nur ein Mann kann, des Kräfte ihn verlassen haben, und der an Körper und Geist erschöpft ist. Bei hellem Tageslicht fühlte ich einen Griff an meine Schulter, der mich plötzlich ermunterte. Meine Frau sah verstört auf mich herab und atmete schwer. Sobald sie wieder Herrin ihrer Zunge geworden war, sagte sie:

„Alles ist vorbei, alles ist vorbei! Das Kind ist in Schweiß geraten! Was fangen wir nun an?"

„Erbarm' dich! Wie du mich erschreckt hast! Ich weiß nicht, was wir nun tun sollen. Vielleicht kratzen wir es und stellen es wieder in den Zug — —"

„Du Idiot! Kein Augenblick ist zu verlieren! Lauf nach dem Arzt! Laufe selbst! Sage ihm, er müsse kommen, tot oder lebendig!"

Ich schleppte den armen kranken Mann aus seinem Bett und brachte ihn an. Er sah das Kind an und erklärte, es läge nicht im Sterben. Das war für mich eine unaussprechliche Freude, machte meine Frau aber so böse, als wenn ihr eine persönliche Beleidigung widerfahren sei. Dann sagte er, des Kindes Husten würde durch irgendeine oder andere geringfügige Reizung in der Kehle verursacht. Bei diesem Ausspruch fürchtete ich, meine Frau würde ihm die Tür weisen. Darauf sagte der Arzt, er wolle das Kind zwingen, stärker zu husten, wodurch der Anlaß beseitigt werden würde. Er gab etwas, das einen förmlichen Hustenkrampf hervorrief, und sofort wurde ein kleiner Holzsplitter oder dem ähnliches ausgeworfen.

„Das Kind hat keine Rachenbräune," erklärte er. „Es hat an einem Stück Fichtenschindel oder etwas derartigem gekaut und davon kleine Stückchen in den Hals bekommen. Sie werden ihm weiter nichts schaden."

„Nein," sagte ich, „das will ich wohl glauben. Das darin enthaltene Terpentin ist sehr gut für eine gewisse Art von Leiden, die Kindern eigen sind. Meine Frau kann Ihnen das genauer sagen."

Sie tat es aber nicht. Sie wendete sich unmutig ab und verließ das Zimmer. Seit der Zeit gibt es eine Episode in unserem Eheleben, auf die wir nie zurückkommen. Seitdem fließen unsere Tage dahin in ungetrübter, stiller Heiterkeit.

Achtung! **Bibliothek.** Achtung!

Nach stattgefundener Inventur wird die Bibliothek am

Montag, den 4. Februar 1924

wieder eröffnet. Die Bibliothekstunden finden jeden Montag (außer wenn ein Feiertag auf einen Montag fällt) von 1/2 5—6 Uhr statt.

Ohne quittiertes Mitgliedsbuch dürfen Bücher nicht ausgegeben werden.

Die Bibliothekkommission. J. A.: Bleich.

Verantwortlich für Redaktion: K. Schulze, Charlottenburg, Meerscheidtstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1826. — Verlag: H. Lodahl, Charlottenburg. — Verlag Ausgabe B für Groß-Berlin: M. Blankenburg, Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.